

## **Forderungen der ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach für die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen**

Nach dreimaliger Diskussion auf ver.di-Vertrauensleuteversammlungen, der öffentlichen Darstellung in unserer Betriebszeitung DURCHBLICK und zahlreicher Diskussionen der 41 Vertrauensleute mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen, auf den Stationen und in den Funktionsbereichen, unterbreitet die Betriebsgruppe der ver.di-Bundestarifkommission ihren Vorschlag und bringt diesen Vorschlag sowohl in die Diskussion im ver.di-Fachbereich wie im Landesbezirk ein.

Wir sind einhellig folgender Auffassung: Wir haben Anspruch auf guten Lohn für gute Arbeitskraft. Wir sind dran mit einer deutlichen Gehaltserhöhung. Dafür sind wir streikbereit. Für diese Herangehensweise haben wir in den letzten vierzehn Tagen siebzehn neue Mitglieder geworben.

### **In Erwägung**

- dass wir uns heute deutlich weniger leisten können als noch vor 15 Jahren und es einer Lohnerhöhung von 9 Prozent bedarf, um zumindest jenen Teil wieder zu holen, den man uns in diesen Jahren abgeholt hat
- dass wir es in den vergangenen 10 Jahren in den Krankenhäusern eine Leistungssteigerung von 18,4 Prozent zu verzeichnen haben, speziell bei den Pflegekräften sogar um 22,9 Prozent
- dass das Bruttoinlandsprodukt von Jahr zu Jahr steigt. Seit zehn Jahren ist der jährlich zu verteilende Reichtum um 85 Milliarden Euro gestiegen. Während der Anteil der Löhne am Volkseinkommen immer weiter sinkt (von 72,2% in 2000 auf jetzt 66,2%), wird in Deutschland der Aufschwung gefeiert. Betrachtet man die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, das nennt man bescheiden den verteilungsneutralen Spielraum, dessen Ausnutzung noch nichts an den gesellschaftlichen Zuständen ändern würde, dann kommt man auf eine Höhe von etwa 11 Prozent
- dass wir 2005 im öffentlichen Dienst die letzte tabellenwirksame Erhöhung erhalten haben und seitdem die Preise um mindestens sechs Prozent gestiegen sind - dabei ist aber die Mehrwertsteuererhöhung und der beschleunigte Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise nur unterproportional in die Inflationsrate eingerechnet
- dass in dieser Situation die Arbeitgeber weitere Verschlechterungen durchsetzen wollen
- der Feststellung, dass der ökonomische Aufschwung da sei und ein wirtschaftliches Wachstum von 3 % erwartet wird

- dass von einer Steuermehreinnahme in Höhe von 179 Milliarden Euro ausgegangen wird
- dass Union und SPD es gerechtfertigt und „vernünftig“ finden, sich als Bundestagsabgeordnete die Diäten um 9,4 Prozent zu erhöhen

haben wir unsere Forderung aufgestellt.

Dabei haben wir uns leiten lassen von den **Forderungen der Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Abteilungen** unseres Krankenhauses.

- Die Kolleginnen und Kollegen auf der Station 9 fordern 8,5 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen des OPs fordern mehrheitlich 250 Euro mehr für jeden, hier gab auch es begründete Forderungen von bis zu 23 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Pflege Anästhesie fordern 9,9 Prozent und die Bezahlung der Intensivzulage.
- Die Kolleginnen und Kollegen des Krankenpflegekurses 1. Lehrjahr fordern 6,5 Prozent und eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütung.
- Die Kolleginnen und Kollegen des Krankenpflegekurses 2. Lehrjahr fordern 12 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen des Krankenpflegekurses 3. Lehrjahr fordern 10 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Werkstatt fordern 6,5 Prozent. Auf keinen Fall ist man bereit länger zu arbeiten und lehnt jegliche Kompensationsgeschäfte ab.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Küche fordern ebenfalls 6,5 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Reinigung fordern 8 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung fordern 8,75 Prozent. Hier wurde deutlicher Unmut zum TVöD geäußert.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Augenambulanz fordern 10 Prozent.
- Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Labor fordern 9,4 Prozent.
- Die Vertrauensleute anderer Stationen und Abteilungen berieten keine konkrete Forderung. Überall wurde allerdings geäußert, dass es eine deutliche Entgeltsteigerung gefordert werden müsste.
- Lediglich sieben von über 600 Kolleginnen und Kollegen ließen uns wissen, dass sie nicht streikbereit wären.

### **Unter Berücksichtigung**

unserer eigenen Kampfkraft im Besonderen, aber auch in Kenntnis der relativen Schwäche der Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen, schlagen wir für folgende Forderungen vor:

- 1. Wir fordern 9,3 Prozent mehr Entgelt, denn wir sind bescheidener als unsere gewählten Volksvertreter im Bundestag!**
- 2. Wir wollen eine Übergangsregelung bei der Entgeltordnung bis eine neue Entgeltordnung erarbeitet wurde, die die materielle Lage der Kolleginnen und Kollegen nicht verschlechtert!**
- 3. Hände weg von der Arbeitszeit!**
- 4. Die Laufzeit des Tarifvertrages sollte nicht länger als ein Jahr betragen!**